

„Da muss noch einiges passieren“

Marco Bülow ist frisch gewählter Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Wir befragten den 34-jährigen Dortmunder zu den Ergebnissen der Weltklimakonferenz und ließen uns Perspektiven aufzeigen.

Wie bewertest Du die Weltklimakonferenz von Montreal? Ein wahrer Erfolg oder mehr Stagnation als Fortschritt?

Es ist ein zweiseitiges Ergebnis. Einerseits ist die Weltklimakonferenz ein Erfolg - nach dem, was zu erwarten war. 189 Staaten unter einen Hut zu bekommen ist eine enorme Herausforderung. Russland schien sich anfangs auch quer zu stellen. Und dass zwischen den Schwellenländern und den Industrienationen unterschiedlichste Vorstellungen herrschen ist naheliegend. In Bezugnahme dieser Schwierigkeiten ist es erfreulich, dass überhaupt Ergebnisse vorzuweisen sind. Letztlich sind es aber Trippelschritte, mit der Gefahr vom Gegenwind gleich wieder ein Stück weiter nach hinten geblasen zu werden. Die Probleme sind größer als die gebotenen Lösungsansätze.

„Kyoto plus“ stand im Wahlprogramm der Union. Es sah eine gemäßigte Weiterführung der Beschlüsse von Kyoto über 2012 hinaus vor. Wäre es mit diesem Entwurf gelungen die USA, China und Australien mit ins Boot zu holen?

Nein. Die US-Regierung zum Beispiel ganz sicher nicht. Die Rede Clintons in Montreal, aber auch der Auftritt einzelner Nationen der USA, sagt jedoch viel. Es gibt dort Initiativen, da bewegt sich was. Solange jedoch Bush an ihrer Spitze steht werden sie gar nichts zustimmen. Wir müssen auf den Regierungswechsel hoffen. Allerdings kann man bei solchen Vorhaben nicht immer auf den absolut Letzten warten.

Deutschland hat seine Treibhausgase im Vergleich zu 1990 bis 2010 um 21% zu senken. Dies droht an den letzten zwei Prozent zu scheitern. Wie wird es doch noch zu schaffen sein, wo liegt noch Einsparpotential?

Ich glaube an unsere Chancen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist hier bedeutend. Es ist das erfolgreichste Gesetz und wird von vielen Nationen nachgeahmt. Es zu forcieren weist eine gute Chance auf. Auch die neue Regierung hat es sich glücklicherweise auf die Fahnen geschrieben. Eine Menge kann auch noch in der Energieeffizienz gemacht werden. Dies ist bisher vernachlässigt worden. Obwohl hier Geld und Kohlendioxid einzusparen ist. Ein erhebliches Potential liegt beispielsweise in der zurzeit fortzuschreibenden Verordnung zur Wärmedämmung bei Gebäuden. Aber da muss noch einiges passieren.

Du forderst in Deinem Buch „Generation Zukunft“, Unternehmen hätten die von ihnen verursachten Umweltkosten zu tragen. Gibt es bereits dahingehende Ansätze?

Der Kyoto-Emissionshandel stellt hierbei einen ersten Schritt dar. Ich könnte mir bei weitem breiter angelegte Konzepte vorstellen. Nicht nur die Materialkosten, sondern sämtliche ökologischen Folgeschäden, müssten auf die Wirtschaft umgelegt werden. Hierfür bräuchte man neben dem Brutto-Inlands-Produkt einen Index, welcher diese Folgekosten berücksichtigt. Er würde dies vielen erst ins Bewusstsein rufen. Denn ein hohes Wirtschaftswachstum bedeutet langfristig betrachtet nicht immer auch mehr Arbeitsplätze.

Warum wäre eine solche Regulation, wie auch im Allgemeinen der Umweltschutz, kein Wettbewerbsnachteil?

Zwischen der Wirtschaft und dem Umweltschutz besteht nur ein künstlicher Widerspruch. Dies hat sich in den letzten Jahren oftmals bewiesen. Teils ist es gar umgekehrt der Fall. So hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Wirtschaft vorangebracht und etwa 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wo ist das heute sonst noch möglich? Die Wirtschaft muss mit dem Umweltschutz einhergehen. Gerade der innovative Umweltschutz kann den Einklang mit der Wirtschaft finden. Gute Filter und effiziente Kraftwerke können gar helfen Kosten einzusparen. Und es ist schlichtweg falsch, zu sagen, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, können wir uns den Umweltschutz nicht leisten. Umweltschutz ist kein Luxus. Das Gegenteil ist der Fall. Schließlich wollen wir ja auch noch unseren Kindern eine lebenswerte Welt mit auf den Weg geben.